

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltigen Reklamaspalten 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelsnummer 15 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telefon 9200.

Nr. 18

Donnerstag, den 22. Januar 1920

11. Jahrgang

## Eine Abschiedskundgebung der Preussischen Landesversammlung.

Die gestrige Sitzung der Preussischen Landesversammlung gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die durch den Gewaltfrieden uns verloren gegangenen Gebiete. Im Auftrage aller Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen erklärte Vizepräsident Porck:

Während der Vertagung ist der grausame Friedensvertrag in Kraft getreten, der dem deutschen Volke aufgezungen worden ist. Unter vollständiger Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker werden aller Gerechtigkeit zum Trotz ohne jede Befragung weite Gebiete von Preußen losgerissen, deren ferndeutsche Bevölkerung durch jahrhundertelange Zugehörigkeit zu Preußen, durch die Fürsorge und Mithewaltung Preußens auf den hohen Stand der Kultur gekommen ist. (Beifall.) Die Preussische Landesversammlung nimmt einmütig, wie ich feststellen kann, mit dem Gefühle tiefer Trauer von dieser überaus schmerzlichen Tatsache Kenntnis. (Allseitiger Beifall.) Aber die Bevölkerung dieser Gebiete wird damit nicht vom deutschen Stamme, von der deutschen Kultur, vom deutschen geistigen Leben und von der deutschen Sprache losgerissen. Die bestehende Gemeinsamkeit kann auch grausamste Gewalt nicht trennen. Wir geloben unseren abgetrennten Stammesgenossen Treue für immerdar und wissen, daß auch sie uns diese Treue halten werden. Wir vertrauen, daß die Gerechtigkeit der Weltgeschichte sie mit uns wiedervereint. (Lebhafter Beifall.)

Im Auftrage der Unabhängigen erklärte Adolf Hoffmann:

Auch wir bedauern die Botschaft deutschen Landes. Wir haben den Frieden von Versailles stets als einen Gewaltfrieden bezeichnet, auch wir verlangen, daß er revidiert wird. Wir erwarten aber, daß die Gerechtigkeit der Weltgeschichte durch den Sieg des internationalen Gedankens für uns wirken und arbeiten muß.

Zur Unterstützung der durch die Ueberschwemmungen arg mitgenommenen Gebiete im Rheinland wurden dann größere Mittel einstimmig bewilligt.

## Das Verfahren gegen den Erzkaifer.

Nach den Blättern ist eine zweite Note der Alliierten an Holland abgegangen, in der mitgeteilt wird, daß das Mandat zur Uebernahme des Kaisers England übertragen wurde. Ferner steht eine Note der Alliierten an Deutschland bevor, in der die Unterstützung der deutschen Regierung in der Auslieferungsforderung bei Holland beantragt wird.

Amsterdam, 21. Jan. Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erklären sich „Morning Post“ und „Manchester Guardian“ gegen den Kaiserprozeß. „Globe“ meldet aus Paris: Es werden mindestens vier Monate währen, bis die Alliierten die Auslieferung des Kaisers erreichen. Liond George geht besonders darauf hinaus, den Kaiser vor Gericht zu bringen. Andere maßgebende Persönlichkeiten seien dagegen.

## Sie kehren endlich heim.

Berlin, 21. Jan. (W. B.) Heute früh gegen 6 Uhr traf der erste Zug mit 1000 deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich in Herbstal ein. Ihm folgte nach kurzer Zeit ein zweiter Zug mit weiteren 1000 Kriegsgefangenen. Ein dritter Zug ist im Anrollen und wird vier Stunden später erwartet. Der erste Zug kam aus Oise, der zweite aus Mayon und der dritte kommt aus Albert. Die nächsten Züge bringen Gefangene aus den verschiedenen Lagern Frankreichs.

Laut „Koll. Ztg.“ hat eine schwedische Kommission umfangreiche Borarbeiten zur Vinderung der Not der deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien getroffen. Die Kommission wird demnächst zur Besprechung ihrer Pläne nach Berlin kommen.

## Amerikas neuester Präsidentschaftskandidat.

In den Vereinigten Staaten wird in den letzten Tagen auf das lebhafteste Stimmung gemacht für eine Präsidentschaftskandidatur des Generals Pershing. Obwohl der General sich noch nicht offiziell dazu bereit erklärt hat, seine Präsidentschaftskandidatur aufstellen zu lassen, so haben doch seine politischen Freunde bereits überall in ganz Lande Organisationen ins Leben gerufen, die einen tatkräftigen Feldzug zugunsten seiner Wahl führen. Es sind in letzter Zeit nicht weniger als 2000 politische Klubs gegründet worden, die einzig und allein den Zweck verfolgen, General Pershings Wahl zum Präsidenten durchzuführen. Pershings Aussichten werden bei seiner großen Volkstümlichkeit nicht ungünstig beurteilt.

## Harte Strafen für Staatsverbrecher.

Amsterdam, 21. Jan. „Times“ melden aus Warschau: Der polnische Landtag bereitet den Entwurf für ein Gesetz vor, das die Todesstrafe für Regierungsbeamten enthält, die sich des Diebstahls von Regierungseigentum und der Annahme von Bestechungsgeldern schuldig machen.

## Revolutionäre Phrasenpolitik.

In der letzten Sitzung der Nationalversammlung, in der das Betriebsrätegesetz zur Beratung stand, rechnete unter Abgeordnete Gen. Osterroth in treffender Weise mit der Demagogiepolitik der Unabhängigen ab, die wüste Schreien gegen unsere Partei hatten, selbst aber zu praktischer Arbeit für das Proletariat nicht zu bewegen, meistens dazu auch nicht imstande sind. Da auch wir in Danzig mit dieser unabhängigen „Firtelanz“politik zu rechnen haben, geben wir nachfolgend die Rede des Gen. Osterroth wieder:

Abg. Osterroth (Soz.):

Der „revolutionäre“ Kampf ist für heute Selbstzweck, dieses Gesetz dagegen ist ihm für seine Argumentation nur Anlaß. Wenn der Betriebszweck immer nur die Ausbeutung der Arbeiter ist, wie heute sagt, wozu verlangt er da überhaupt Betriebsräte? Ebenso unehrlich ist alles andere, was wir von den Unabhängigen hören. Einen Mann, der jahrelang an der Front gestanden hat, der als blinder Bergmann hierher gekommen ist, um an dem Gesetz mitzuarbeiten, hat er geglaubt, verhöhnen zu können. (Hört! hört! Große Unruhe.) Das Verhalten der Unabhängigen hier im Hause ist ein Präjudizium aus dem Narrenhaus.

(Sehr richtig!) Geyer, Düwels, Braß und Koenen sind losgelassen ohne Hemmungen der Vernunft. Die stürmischen Auseinandersetzungen in der Kommission sind der beste Beweis dafür, daß die Mehrheitssozialdemokratie ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Dagegen haben die Unabhängigen ihren Partzial, den reinen Loren Lautant, in die Kommission geschickt. (Große Heiterkeit.) Einen einzigen Antrag hat er gestellt, der war aber auch danach. (Erneute Heiterkeit.) Andere Unabhängige haben vorübergehend Gastrollen gegeben. Wir haben darüber ein bißchen Buch geführt; bei 72 Abstimmungen hat immer einer von den Unabhängigen gefehlt. (Abg. Geyer: Die Buchführung stimmt nicht!) Die Buchführung ist viel sorgfältiger als die, die Sie in Leipzig an dem kommunalen Kassenschatz geführt haben. (Stürmische Heiterkeit und Händeklatschen.) Sie sind die falschen Ritter des Sozialismus, seine Strauchritter. (Zuruf: Traurige Ritter!)

Vizepräsident Dietrich: Wenn es sich auch um einen Wig handelt, bitte ich doch diese Ausdrucksweise zu vermeiden.

Abg. Osterroth (fortfahrend): Ich tue Buße in Sad und Asche. Aber es ist wohl verständlich, daß man nach achtjähriger Debatte, in der so viel falsche Angriffe gegen meine Partei gerichtet wurden, in den Ton verfällt, in dem heute, Geyer und Koenen reden. (Beifall.) Im mitteldeutschen Braunkohlenstreit war Herr

Koenen sehr kompromittiert

gestimmt und der geistige Urheber der Vereinbarung über die Betriebsräte war mein Freund Hu e. (Hört! hört!) Im Ruhrrevier wurde diese Vereinbarung übernommen. Als dort aber die Arbeitgeber die Vereinbarung nicht einhielten, hat Reichskommissar Severing, auch ein richtiggehender Sozialdemokrat (Heiterkeit), im Wege der Verordnung die Rechte der Betriebsräte erweitert. Die jetzige Vereinbarung über die Betriebsräte im Bergbau geht erheblich über das hinaus, was Koenen gefordert hat. (Lebhafter Hört! hört!) Ja, freilich, jahraus wurden im Ruhrrevier Zehntausende von Bergarbeitern gemäßigelt. Heute muß der Arbeitgeber einen halben Jahreslohn zahlen, wenn er einen Arbeiter ungerechtfertigterweise entläßt. Da wollen Sie den Bergleuten erzählen, daß das Gesetz so wie es aus der Kommission herausgekommen ist, ein Verstoß an den Arbeitern ist? Man muß schon viele Gründe haben, Vergangenes vergessen zu machen, man muß schon die Gespenster der Toten sehen, wie Wachs, wenn man zu solchen Mitteln greift, um die Arbeiter zu heiden! Dr. Geyer hat das Gesetz ein Ausnahmegesetz, eine Fälschung genannt. Ebenso hat es der deutschnationale Abg. Schiele einen Ausstoß der Eliten und Winderheitsberrschafft genannt. Wenn die äußerste Rechte und Linke so miteinander harmonieren, muß der Weg der richtige sein. Sie können wohl die Arbeiter eine Fälschung mit Phrasen besoffen machen,

aber sie werden einsehen, daß das Gesetz nicht so schlecht ist, wie Sie es dargestellt haben. Im Bergbau hatten die Betriebsräte, in denen die Unabhängigen die Klappe so weit aufrißen (der Redner macht eine ausholende Geste), wie eine gewisse Dame dieses Hauses. (Heiterkeit.) Jetzt sind Arbeiter aus der gewerkschaftlichen Schule an ihre Stelle getreten. Dieses Gesetz fordert nicht

alle Weiber und Maulwurfsstecher.

sondern zähe, gewissenhafte Arbeiter, Opferer, Kameraden, die für die Interessen ihrer Kollegen sich einsetzen. Darum wird es eine große Niederlage für die Unabhängigen bedeuten, weil sie die Leute mit der zähen Ausdauer nicht haben; Sie wollen nur mit dem Kopf durch die Wand. (Zuruf rechts: Der Kopf geht kaputt.) Der geht nicht kaputt, die haben noch härtere Köpfe als die bayerischen Bauern. (Große Heiterkeit. — Zuruf der Frau Zieh.) Frau Zieh, es war einmal ein Mann, der hatte eine böse Frau, die ihr immer „Gausknicker“ schimpfte. Prügel und andere Erziehungs-mittel halfen nichts; da schmiss er sie in einen Becken. So lange sie den Mund noch über Wasser hatte, rief sie noch immer „Gausknicker“. Und als nur noch die Arme herausragten, da hat sie immer noch mit Händen, Daumen und Nägeln Häuse geknickt. (Stürmische Heiterkeit.) Frau Zieh, wenn Sie schimpfen, fällt mir immer die böse Frau ein.

Ich bin, wie Sie, ein etwas stürmisches Temperament, deshalb kann ich mich mit Ihnen verstehen. Auf jeden Schellen; den Sie aufmarschieren lassen, sehe ich andershalb und so werden wir miteinander auskommen. (Stürmischer Beifall. — Zurufe rechts.) Sehen Sie (nach rechts) sich lieber dort drüben hin, Sie ziehen ja doch an einem Strang mit den Unabhängigen, weil Sie wissen, daß

nach der Rätebildung die Reaktion

kommt. Die Zeit ist vorbei, wo der Landarbeiter schlechter behandelt wird wie die Kuh und der Ochse im Stall. In der Kommission wurde die Zahl der Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben, für die ein Mann zu wählen ist, von 5 auf 10 erhöht und zwar mit 18 gegen 12 Stimmen. Diese Verschlechterung ist also in das Gesetz gekommen, weil einer von den Unabhängigen geschlafen hat. (Hört! hört! Lärmender Widerspruch bei den U. Soz.) Ihre (nach links) Haltung ist von der Furcht vor den nächsten Wahlen und vor den Kommunisten diktiert. Das wird uns nicht abhalten, für das Gesetz zu stimmen; nicht, weil wir die Koalition nicht auseinanderfallen lassen wollen, sondern weil wir

große Vorteile für die Arbeiter

darin erblicken. Wenn das Gesetz auch noch nicht die Demokratisierung des Wirtschaftslebens bedeutet, so ist es doch ein erfolgversprechender Anfang. Am dritten Weihnachtstag hat auf der Konferenz der Betriebsräte des Ruhrgebietes einer Ihrer Freunde, Kamerad Kofemann, den Antrag gestellt, die beiden sozialdemokratischen Fraktionen sollten gegen das Gesetz stimmen. Mit 55 gegen 14 Stimmen haben die Vertreter der Bergleute sich gegen den unabhängigen Antrag ausgesprochen und uns ersucht, für dieses Gesetz zu stimmen. Das sind Leute, die in der Praxis stehen, nicht wie Koenen und Dr. Geyer, die auf Wolken herumtanzen. Wir wollen nicht eine Diktatur der Demagogen und Nihilisten, sondern derer, die das Leben des deutschen Volkes erhalten,

eine Diktatur der Demokratie.

eine Diktatur unter Kontrolle des Volkes, nicht eine Diktatur Hidenburg-Januschows und Dr. Geyers. Keine einzigen Universitätsjahre waren vier Jahre Geyers. (Zuruf rechts: Sehr ehrenvoll!) Ob ehrenvoll oder nicht, es sind Narben vom Schlachtfeld der Arbeit, für die ich jetzt von jenen dort drüben (nach links) verräter geschimpft werde. Der Gedanke der Solidarität, der Aufopferung ist heute verblüht und verrottet. Bei den allermeisten ist

die Befreiung des

erwacht — eine Folge des Kriegs. Glauben Sie denn aber, daß wir von heute auf morgen die Produktion in den industriellen Produktionsstätten hineinsetzen können? In sechs Wochen müßten Ihre eigenen Anhänger sich von Ihnen abwenden. Am Vormittag des 10. November 1918 ist Ihnen (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) angeboten worden, die Regierung allein zu übernehmen. Die Mehrheitssozialdemokratie hat Sie der lauffesten Unterstützung versichert. Sie haben abgelehnt, weil inzwischen der Waffenstillstand abgeschlossen war und Ihnen die Verantwortung zu groß schien. Einer Ihrer Freunde hat im Reichstag die Revolution verschlafen, ein anderer Teil hat sich gebrüht. Als Sie gegen die Wahlen zur Nationalversammlung protestierten, haben Geyer und Scheidemann Ihnen die politische Macht wieder vergeblich angeboten. Sie hatten auf den Kampf mit den Maschinenengewehren gar nicht nötig, um die Macht zu erlangen. Wir müßten das Kreuz der Verantwortung auf uns nehmen. In der ersten Fraktionsitzung in Weimar haben wir Ihnen angeboten, mit uns die Regierung zu übernehmen. Um den Bürgerkrieg zu vermeiden, wären sicherlich beids bürgerlichen Mehrheitsparteien einverstanden gewesen. Hochachtungsvoll haben Sie das Angebot zurückgewiesen. (Hört! hört!) Sie haben gehebt, geschimpft und getobt im Hause mit der Rechte, um die Koalition zu erschüttern. Wenn die fanatisierten U. am Dienstag hier heringebracht wären, hätten Sie dann den Posten des Reichsministers in die Ministerbank hätten sie geküßt und Geyer an die Seite genommen? Es wäre wirklich eine Bartholomäusnacht geworden. (Lebhafte Zustimmung.) Das Blut kommt auf Sie (nach links; große Unruhe). Diese vergangenen acht Tage lang hat aus Ihnen die Angst vor der Verantwortung gesprochen. Gehen Sie in die Betriebe, dann werden Sie es von den Arbeitern hören:

Wo wären denn unsere Führer? Vertrauen haben sie nicht (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Wenn die Sozialdemokratie austritt, ist die Koalition gesprengt; denn eine Regierung mit Einschluß der Rechten bedeutet den Bürgerkrieg. (Widerpruch rechts.) Glauben Sie (nach rechts) denn, daß Sie die Leute da drüben beifriedigen können, Herr Traub? (Heiterkeit.) Heute folgt kein Arbeiter mehr der jaulenden Rede eines Traub. Deshalb tragen wir das Kreuz der Verantwortung weiter. Mit parlamentarischer Methode muß man die Konzeptionen machen. (Zuruf rechts: Kuhhandel!) Nennen Sie es Kuhhandel, Herr evangelischer Arbeitersekretär (Heiterkeit), wir wollen keine Rätebildung, wir wollen keine Junkerherrschaft. Wir haben nicht vergessen, daß wir Sozialdemokraten sind, was Ihr (nach links) ausgespart hat zu sein. (Zurufe bei den U. Soz.) Sie, Geyer, nehmen ich aus. (Heiterkeit.) Der Streit zwischen sozialer Demokratie und Diktatur steht für mich ein roter Strich durch die Unabhängigen. Diejenigen, die unter Führung der rechten Fraktionen



Waise Fleh (Helterkeit) den Anschluss nach Moskau gepredigt haben, haben aufgehört, Sozialdemokraten zu sein. Die Dürfen nicht mehr fragen:

**„Das freie Wahlrecht sei das Zeichen . . .“**  
Leichenmüller hat gesagt, der Weg zur Rätebildung werde über Millionen Hungerleichen des deutschen Volkes gehen. Deshalb glauben wir, als getreuer Eckart der deutschen Arbeiter, gegen diesen Wahnsinn, gegen diesen Himmel uns zur Wehr setzen zu müssen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Bei der gegenwärtigen furchtbaren Wirtschaftslage treiben Sie die Arbeiter ein- über das andere mal zum Generalstreik. Wenn in Berlin die Arbeiterfrau über Wohlwollen keine zwei Briefchen im Hause hatte, ist es Ihre Schuld. (Lärm bei den U. Soz.) Um Ihre warme Parteihülse weiterkochen zu können, propagieren Sie seit zwei Monaten

### Die Sechsstundenfrage.

Ohne Lösung der Wohnungsfrage und Durchführung der dazu nötigen technischen Einrichtungen würde dann der Zusammenbruch Deutschlands ein vollständiger sein. Sie wehren sich sogar gegen eine friedliche Lösung der Sechsstundenfrage, nämlich gegen den Bielefelder Beschluss, der internationale Vereinbarungen darüber verlangt, weil wir auf den Weltverkehr angewiesen sind. Aus Ihren Gesichtern erringt die Schadenfreude, der Hohn, aus manchen Gesichtern der Demagogie von links grinst die Hölle, das Inferno. (Große Unruhe und Beifall.) Diesen Wahnsinn machen wir nicht mit. Ich möchte auch an Ihre Vernunft appellieren. Was soll aus dem ganzen eigentlich werden? Die Verantwortung für den Zusammenbruch lehnen wir ab und Sie (nach links) werden es austreten müssen. Die Diktatur hat keine ewige Dauer. Die einzige Rechtsquelle eines modernen Volkes ist die Demokratie. Wenn wir diesen Zusammenbruch nicht wollen, stimmen wir dem Gesetz zu. Nicht den Kapitalismus zu verankern, sondern der Wirtschaft zu dienen, ist der Zweck des Gesetzes. Die Sozialisierung geht auch mit zu langsam. Aber wenn Sie (nach links)

### Bundesgenossen der Rechten

sind, woher sollen wir denn die Kraft haben, unsere sozialistischen Ideen durchzusetzen? (Lebhafte Zustimmung. — Abg. Sonnen: Sie haben aber nichts getan!) Wenn alle Befehle in schwer zustande kommen wie dieses, dann ist es kein Wunder, dass die Gesetzgebungsmaschine so langsam läuft, das ist Ihre Schuld. Eichhorn und seine Leute sind die Har-Männer der Reaktion. Wir haben Mitleid mit dem verkehrten Volk. Die Freiheit des Einzelnen hört auf, wo die Lebensrechte der Gesamtheit beginnen. Und Sie (nach links) haben am letzten Dienstag an den Lebensinteressen des deutschen Volkes, der deutschen Demokratie gerüttelt. Dieses Gesetz aber wird eine Großtat der Menschheitsgeschichte sein, wie die Sklavenerfreibung nach dem amerikanischen Bürgerkrieg, wo die ganze Welt aufjubelte. (Stürmischer Beifall.)

### Wahnsinn oder Betrug?

In Leipzig wird zurzeit ein „Ausruf an die deutschen Patrioten“ verteilt. Der zur dem Herrn eines Geisteskranken oder aber eines besonders naiven Betrügers entkungen sein kann. Bemerkenswert ist, dass der Verfasser, der sich mit dem schillernden Namen Don Pablo bezeichnet, auch die Sporthilfen zu den deutschen Patrioten zählt. Sein vor-trefflicher Plan läuft darauf hinaus, einen „anonymen Bund mutiger Patrioten“ zu begründen, dessen Name „Die deutschen Ehrenritter“ sein soll. Die Mitglieder dieses Bundes werden in drei Verdienstklassen eingeteilt: „Rote“, „Weiße“ und „Blau“. Das Anrecht auf eine dieser Klassen muss durch eine Lat. Kat oder Spende erworben werden. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, dass unter „Roten“ diejenigen zu verstehen sind, die an den Verfasser des Flugblattes eine besonders namhafte Summe senden. Der Plan, der von diesem alten Bunde zur Ausführung gebracht werden soll, ist kein geringerer, als erschreckliche Rache an unseren Feinden zu nehmen. Es sollen mittels der zu diesem Zwecke gespendeten Gelder durch mikro-biologische Experimente Gifte hergestellt werden, die wir auf irgend einem, von dem Herausgeber der Flugblattes nicht genannten Wege den Eng-ländern überbringen und damit, wie es in dem schönen Flugblatt wörtlich heißt, „täglich hunderttausende Opfer“ unter den Engländern erzielen sollen. Bortrefflich charakterisiert sich der Herausgeber des Flugblattes durch die Eigenschaften, die er selbst seinem Bunde zuschreibt: „Die Heimlichkeit ist unser Schild. Die Schamlosigkeit wird unser Bogen sein, und die

### Der Schandfleck.

Eine Dichtung von Ludwig Augengraber

16)  
(Fortsetzung.)  
„O, dein Vater, der leidet ja nicht einmal, das Schicksal der miteinander gehen.“  
Das Mädchen lachte. „Freilich nicht! Meinst, ich sollte jetzt mit dir gehen? Sei heil! Keulich, wie er uns zusammen gesehen hat, da ist es wieder streng verboten worden.“  
„Und doch gehen wir jetzt zusammen! Seit du dich auch nicht mehr auf so ein Verbot, als der Leopold gehen wird?“  
Das Mädchen machte große Augen. „Ich meine, das wäre denn doch ganz etwas anderes!“  
„Ich traue mich“ fuhr der Junge fort, „wenn der Leopold wieder heim ist, mit dem mußt du mich bekannt machen, dann gehen wir zu zuerst über die Felder, er mit der Sester und ich mit dir.“  
Da wurde Magdalena wieder im Gesichte und sagte zornig: „Was du dir nur für Gedanken machst, du dumme, halbwüchsiger Bube, du! Der Vater hat ganz recht, mit dir geh ich auch nie-mal. Die Stiefhüter Franz hat auch einen Weg mit mir, die redet mit von Ruh und Weib, aber nicht, von was ich nicht zu wissen ver-lange.“  
Sie wandte dem verblüfften Jungen den Rücken und schritt rasch dahin, das die Stiefhüterin hinterher.  
Als sie das Geschäft erledigte, stand der alte Reindorfer wieder vor dem Tor, sie trat zu ihm, ihr Gesicht war gerötet, die Lippen starrig geschlossen und die beiden Knieenflügel erbeizten heftig.  
„Guten Abend, Vater.“ sagte sie.  
„Grüß dich Gott! Schamst ja ganz zornig aus.“  
„Drüber über der Straße schlich gerade Florian vorbei, er sah gar nicht auf.“  
Magdalena deutete mit einer kurzen Kopfbewegung nach ihm.  
„Das ist wirklich ein dummes Sub. Hast schon recht gehabt, Vater. Ich geh immer mit ihm!“  
„Ich mit ihm.“  
„Kon da es heißt sich die Reindorfer Sester zu dem Vater.“

Pflichtigkeit ist der sichere Pfeil, welcher der blutdürstigen dreiköpfigen Hydra ihre verdreherische Existenz verflutzen wird.“ Ein vortrefflicher Plan. Besonders empfehlenswert für diejenigen Kriegs- und Revolutionsgewinner, die ihr Kapital gern unterbringen möchten. Wir empfehlen unseren Lesern, schleunigst jener Vereinigung beizutreten und beson-ders möglichst bald an die Herstellung jener Gifte, welche die dreiköpfige Hydra vernichten soll, heranzutreten, hoffen aber, daß der edle Don Pablo selbst zunächst eine Kostprobe seiner Erfindung einnehmen wird.

### Schweden und der Völkerbund.

Stockholm. Anlässlich der Ansprache über die allgemeine Politik am Sonnabend im schwedischen Reichstag wurde auch die Frage behandelt, wie Schweden sich zum Völk e r b u n d stellen solle. Der Führer der Konservativen in der Zweiten Kammer, Admiral Lindmann, erklärte, der Völkerbund scheine hauptsächlich ein Bündnis zwischen den siegreichen Ententemächten und den neutra-len europäischen Staaten werden zu sollen. Staatsminister Eden stimmte dem Redner in diesem Punkt zu und ließ durchblicken, daß die Regierung wegen des Anschlusses Schwedens noch keine Entscheidung getroffen habe.

### Bewerkschaftliches.

#### Gelbe Prahlhänke.

Durch die Presse geht folgende Kolliz: „Druck erzeugt Gegendruck, das müssen die sozialdemokratischen Freigewerk-schaftler jetzt erfahren. Indem sie als international einge-stellter Flügel der Arbeiterbewegung immer annäher-ender auftreten und auf alle Andersdenkenden einen terroristi-schen Druck ausüben, haben sie als sicher ungewollte Folge-wirkung erreicht, daß sich der dem ihren entgegengesetzte Flügel der Gewerkschaftsbewegung energisch von allen welt-anschauungsmäßig nicht zu ihm passenden halb Freunden und Mittläufern befreit und im umgestalteten „Deutschen Ge-werkschaftsbund“ einen Block geschaffen hat, der zweifellos eine einmalige Stoßkraft ausüben wird. Der Deutsche Ge-werkschaftsbund wird getragen von den Gesamtbänden der nationalen Angestellten, Beamten und christlichen Ar-beiter. Er zählt 17 Millionen Mitglieder und hat unter seinen Führern Männer wie den Reichswahlfahrtsminister Stegerwald und Organisationen wie den zielbewußt geführ-ten Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband. Das allein bietet Gewähr genug dafür, daß der neue Kampfbund bald von sich hören machen wird.“

Eine Bewegung, die vom „zielbewußten“ Deutschnatio-nalen Handlungsgehilfen-Verband geführt wird, ist nur eine Schutztruppe der Unternehmer. Dafür liefert dessen bisherige Tätigkeit den besten Beweis. Das im Anschluß an die Auf-schneiderei festzustellen, war notwendig.

### Neue Zersplitterung.

Nachdem die Vertreter der U. S. P. auf dem gemein-samen Parteitag der beiden sozialdemokratischen Parteien die Einigung scheitern ließen, versucht ein Teil der U. S. P.-Anhänger die Situation zu retten. Es wäre viel einfacher und erfolgreicher gewesen, wenn diese Parteimitglieder bei der Besichtigung des Parteitages ihren Einfluß geltend gemacht hätten. Nun ist die Situation durch die Starrsinnig-keit der U. S. P.-Vertreter verschärft. Von dieser verfahrens Situation zeugt es auch, wenn nun in gemeinsamen Bezirksversammlungen neue Einigungsversuche gemacht werden. In diesen Versuchen ist klar zu erkennen, wie sehr die Arbeiterschaft die Einigung erstrebt und wie schwer die U. S. P.-Leitung gesündigt hat, als sie die Einigung zer-schellen ließ. Eine gemeinsame Bezirksversammlung in Neu-fahrwasser hat sich kürzlich erneut mit der Einigungsfrage befaßt und folgende Entschlüsse angenommen:

„Wir reklamieren Mitglieder der „Sozialistischen Partei“ Neufahrwasser erkennen den Beschluß des Parteitages vom 11. Januar 1920 aus nachfolgenden Gründen nicht an, denn:

Die Vereinigung ist eine vollzogene Tatsache unserer Ver-trauensmänner unter Ausschluß der Angestellten und Vorstände. Die Vertrauensmänner haben auch ein Programm zusammen-gestellt, welches die meisten der Mitglieder beider Parteien für richtig befanden haben, da es eine goldene Mittelstraße bildet.

Auf Grund dieses Programms wäre die offizielle Vereinigung auch zustande gekommen, aber durch unverantwortliche Treibe-rien von Angestellten und einem Teil der Führer ist der offiziell. Zusammenschluß wissenschaftlich verhindert. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der „Sozialismus“ das gesamte Proletariat ver-einigen soll, d. h. mindestens 90 Prozent der Weltbevölkerung, um diese besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen ohne Klassenherr-schaft entgegen zu führen. Für unsere Freistaat tut dieses beson-ders not, deshalb müßte es hier heißen:

### „Proletariat aller Parteien vereinigt euch!“

Aus diesem Grunde dürfen wir keine Vereins- oder Partei-meierei oder gar Angestelltenliebhaberei treiben, sondern das „große Ziel“ des Sozialismus soll uns vor Augen schweben, des-halb verlangen wir:

1. Möglichst sofortige Einberufung großer Mitglieder-versammlungen beider Parteien unter genügender Propaganda.
2. Wahl neuer Vorstände.
3. Die neu gewählten Vorstände sollen dann sofort eine gemein-same Mitglieder-versammlung einberufen.
4. Auf dieser als Tagesordnung: „Offizielle Vereinigung der U. S. P. D. und S. P. D. unter Zugrundelegung des von den Ver-trauensmännern beschlossenen und angenommenen Programms, „ohne Zusätze und ohne Streichungen“.

### Sozialistische Partei Neufahrwasser.

Zu dem Inhalt dieser Entschlüsse zunächst eine Klar-stellung. Von einem verbindlichen Beschluß des gemein-samen Parteitages kann nicht geredet werden. Denn trotzdem mau mehrfach erklärt hatte, die U. S. P. würde sich dem Beschluß des gemeinsamen Parteitages fügen — von der S. P. D. war die gleiche Erklärung erfolgt — verhinderte er dennoch die Beschlußfassung, woraus zunächst zu ersehen ist, wie weit man den Erklärungen des verantwortlichen Leiters der U. S. P. glauben kann. Indem aber ein Be-schluß resp. eine Verständigung auf dem Parteitage nicht zustande kam, fiel auch damit logischerweise die Vereinigung. Die Einigung zweier Parteien kann aber auch dann nur als eine vollzogene Tatsache gelten, wenn die zustän-dige Vertretung, in diesem Falle der Parteitag, zu-stimmt. Ueber die Verschmelzung einer Partei kann aber keine Vertrauensmänner-versammlung eines einzelnen Ortsvereins, auch keine gemeinsame Bezirks-versammlung eines Ortsvereins entscheiden. Eine Verschmelzung von ein-zelnen Teilen beider Organisationen schafft nur neue Zer-splitt e r u n g. Damit ist der Arbeiterschaft erst recht nicht gebietet.

Die U. S. P. hat das in Danzig beschlossene Einigungs-programm auf dem Parteitag abgelehnt. Für den Ortsverein Danzig der S. P. D. fiel damit der Beschluß der gemeinsamen Mitglieder-versammlung am 26. Nov. im Kaffee-Derra. Eine Mitglieder-versammlung der S. P. D. hat am 12. Januar auch die Freigang aus dem Verhalten der U. S. P. gezogen und einstimmig die weitere Zugehörigkeit zur Parteio rg a n i s a t i o n der S. P. D. beschlossen.

Mag die Entschlüsse der Neufahrwasser Genossen von einem Besitze geleitet sein, so bringt sie uns in keiner Weise die Vereinigung näher. Eine gemeinsame Mitglieder-versammlung kann durchaus keine weitere Klärung bringen, sondern diese Klärung hat bei der U. S. P. zu erfolgen, die die Einigung scheitern ließ. Erst wenn dort Klarheit herrscht und wenn dort den unver-antwortlichen Treibe-rien der Führer, wie es die Entschlüsse zutreffend ausführt, ein Riegel vorzugesetzt ist, ist die Bahn für eine gesunde Einigung frei. Alle Versuche, die vor dem Eintreten der Klärung in der U. S. P. unternommen werden, erschweren nur die Situation.

Wenn man seitens der U. S. P. mit der Meldung vom Uebertritt des Laurentialer Bezirkes zur U. S. P. haufieren acht, so trifft diese Mitteilung nicht zu. Von dem Statt-finden einer gemeinsamen Bezirks-versammlung erfuhr unsere Parteileitung erst durch den unabhängigen Zeitungsbericht. So wenig wie sie Gelegenheit hatte, an dieser gemeinsamen Versammlung teilzunehmen, ist auch der größte Teil der S. P. D.-Mitglieder von dem Stattfinden der Versammlung nicht in Kenntnis gewesen, und hat nur eine kleine Zahl un-erer Mitglieder daran teilgenommen. Wenn es den Ver-drehungskünsten der U. S. P. gelungen sein sollte, einige Mitglieder hinüberzuführen, so ist von einem Uebertritt des Laurentialer Bezirkes keine Rede, was uns Genossen aus Laurential mehrfach bestätigt haben.

ihn durch sein Zureden und Abreden um die Dirne gebracht habe, die sich jetzt an einem andern halte, ruhig ein, und wünsche nur, es möchte damit sein Abkommen haben.

Nicht lange hatte Leopold diese Angelegenheit nicht weiter be-rührt, nur blieb er mürrisch und bedröffen. Wenn es im Hause nichts mehr zu tun gab, dann ging er über die Felder, immer jene Wege, die er früher mit Josefa gegangen, und da trat es sich denn, daß ihm diese, zufällig, auf einem schmalen Steige begegnete, wo an ein Ausweichen nicht zu denken war.

Der junge Reindorfer blühte erst auf, als sie vor ihm stand, er drückte seinen Hut tiefer in die Stirne und wollte an ihr vorbei, sie aber faßte nach seiner Hand und hielt ihn daran fest.

„Ich weiß nicht, was du hast,“ sagte sie, „seit du den dummen Reimer-Mos bei mir getroffen, gerade, als ob etwas Unrechtes zwischen mir und dem vorgegangen wär! Halte es wie du willst, bleibe meinetrogen weg von unserer Güte und von mir, aber daß du lieblich denkst, das leide ich nicht!“

„Ich meine, es war nicht unrecht gedacht, daß ich nicht abillig gefordert, daß du es mir nicht hättest antun sollen, daß ich mich an dem bei dir treffe.“

„Wessen ist denn die Schuld? Bin ich nicht ein armes Weib, das sich viel gefallen lassen muß in der Welt? Hast ich dir nicht geliebt gleich zu Anfang, wie nur Bekanntschaft gemacht haben, daß ich es den Burken nicht verwehren kann, daß sie mich für schön halten, und daß ich mich oft genug vor ihren Nachstellungen hab hüten müssen? Und du hast gesagt, darous müßtest du dir nicht, und du müchtest nicht einmal eine, die dir jeder ohne Reich ver-gönnte. Wenn ich nichts gewisses weiß, kann ich darauf hin die andern Lutschen vor den Kopf stoßen? Wenn du keinen Ernst ge-gen willst, kommst du etwas dagegen sagen, wenn jeder meint, mir zu gefallen, komme er mit demselben Rechte versuchen, wie du? Ich ich deine Bäuerin, dann brauchst du dir dabei nicht gefallen zu lassen, und dann weiß auch ich, was ich zu tun habe!“

„Und daß du dich verhalten sollst gerade so, als wärst du schon meine Bäuerin, das war meine Meinung! Hast ich dir nicht ge-sagt, wenn ich wiederkomme, so mach ich alles richtig? Hast du so wenig Vertrauen?“

(Fortsetzung folgt.)

Die Waisenbuben waren vorher, Reifer-Hen und Sandweh-r-männer gegen wieder heim. Die Sonne war schon hinter die Hügel gesunken, nur rote Wolkenstreifen zeigten dem ersten Lichte, daß sie noch am Himmel hünde, als Leopold seinen Heimort erreichte.

Er ging aber nicht die breite Straße durch denselben, sondern schlug einen Pfad ein, der ihn auf kurzem Umwege in den Rücken des Hauses brachte, wo seine Stiefhüterin wohnte. Er schwang sich über der Gartenmauer, ein launiger Spitz fuhr auf ihn los, ließ aber jegliche ab, als er ihn beim Namen rief, und mit hochendem Herzen schlich er durch das Gestrüch der Güte zu; knapp demer kniete die alte Reigerin an einem Gemüthel und jährt und lepte um, er gelangte unbedenkt an ihr vorüber.

Nun konnte er nimmer fehl gehen, es war nur ein einziges Gemach im Hause, auf den Fußstapfen noch die paar Schritte durch die Küche, und er rief mit freudigem Ungestüm die Lüre auf.

Der laute Gruß aber, den er hineinkurten wollte, blieb ihm in der Kehle stecken.

Sollten die Leute doch recht haben!

Neben Josefa stand ein Burke, der handlich den Arm um ihre Hüfte gelegt hatte. Die beiden waren offenbar mehr überrascht, als verlegen.

Josefa sagte sich ganz, ruhig sich frei machend, sagte sie: „Sei nicht so laut! Und schäm dich nicht, du bist ein Leopold wieder, und den hab ich tausendmal lieber, wie ich dir auch tausendmal gesagt hab.“

Der Burke trat jetzt auf Leopold zu und bot ihm die Hand. „Gut, Reindorfer!“ sagte er, „grüß dich Gott! Bist wieder da? Nun, wenn du da wieder zurückst, da hast ich als Erbsmann nur gleich wartigieren.“ Abreden hab ich die so nicht können, das hab ich nicht können, nicht um die Welt!“

Leopold lächelte sich lächelnd ab und ging davon.

Die Dirne aber hob auch den Burken zur Lüre hinan. „So, so, daß er dich doch auch fortgehen ließ.“

Sie schaute in die Stube zurück. „Gut, daß die Reindorfer nichts davon weiß! Ich meine, er kommt doch wieder.“

Es war gerade keine herrliche Begrüßung, die daraus zwischen dem Vater und dem heimgesetzten Sohne auf dem Reindorferhofe stattfand, aber der Alte hatte den Borsinn des Burken, daß er



Zur Lohnbewegung auf den Danziger Werften.

Auf der ehemaligen Reichswerft ist es in der Lohnfrage zu einer Einigung gekommen. Dagegen lobt der Verhandlungs- und Schlichtungsausschuss, von dem nur die Eingeweihten eine Ahnung haben, für die Schichau- und Klawittierwerft heftig fort. Dem Anschein nach haben die Metallindustriellen es auf eine groß angelegte Machtprobe mit der allmählich erstarrten Arbeiterbewegung angelegt. Das geringe Entgegenkommen in der Lohnfrage, wie es aus der Lohnabelle hervorgeht, deutet darauf hin. Die Arbeiterschaft hat das Angebot der Unternehmer bei Klawittier einstimmig und bei Schichau mit 1887 gegen 97 Stimmen abgelehnt. Nunmehr hat der Schlichtungsausschuss das Wort. Heute wird er entscheiden, und dann hängt es von der letzten Einsicht der Unternehmer ab, ob sie einen evtl. gefälligen Schiedspruch annehmen oder nicht. Wie der Deutsche Metallarbeiterverband mitteilt, sind die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss vertagt worden.

Das Angebot der Direktion der Schichau-Werft und der Industriellen, das von der Arbeiterschaft abgelehnt wurde, hat folgenden Wortlaut:

Zwischen der Betriebsleitung der Schichau-Werft einerseits und den durch ihren Arbeitsausschuss vertretenen Arbeitnehmern und den gewerkschaftlichen Organisationen andererseits, ist nachstehendes Abkommen in bezug auf Wiedereinführung der Affordarbeit (Stücklohnarbeit) abgeschlossen worden.

- 1. Die Wiedereinführung der Stücklohnarbeit erfolgt mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens.
2. Angebotene Affordarbeit darf nicht abgelehnt werden.
3. Der Afford (Stücklohn) wird berechnet auf der Grundlage des Stundenlohnes, zusätzlich mindestens 10 Prozent, d. h. die Berechnung erfolgt dergestalt, daß ein Arbeiter mittlerer Leistungsfähigkeit unter normalen Verhältnissen 10 Prozent über seinen Stundenlohn verdient, ohne daß diese Feststellung nach oben hin für schlechte Arbeiter eine Grenze bildet.
Für Abschlagszahlungen wird der Stundenlohn zugrunde gelegt. Wird der Afford ohne Verschulden des Arbeitnehmers zeitweilig abgebrochen, so soll der vereinbarte Stücklohn nach billigen Ermessen erhöht werden.
4. Jede Vereinbarung über Ausführung in Stücklohn stellt einen freien Vertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dar. Wird ein nach den Grundrissen zu 3 vom Arbeitgeber festgestellter Stücklohn vom Arbeitnehmer beanstandet, so steht dem Arbeitnehmer die Anrufung des Betriebsleiters zu. Gelingt auch mit diesem eine Verständigung über den Stücklohn nicht, so kann der Arbeitnehmer die Vermittlung des Arbeitsausschusses anrufen; scheitert eine Verständigung zwischen diesem und dem Betriebsleiter, so wird die strittige Arbeit in Stundenlohn ausgeführt.
5. Arbeiten, die sich nach Art und Umfang nicht zur Ausführung in Stücklohn eignen, sollen nicht in Stücklohn ausgeführt werden.
6. Jeder in Stücklohn arbeitende Arbeitnehmer erhält bez. Beginn der Arbeit einen Stücklohnzettel, auf dem die Art und der Preis der Arbeit bezeichnet sein müssen, bei Kolonnen lediglich der Führer der Kolonne. Der Kolonnenführer hat seinen Mitarbeitern von dem Stücklohnvertrag Kenntnis zu geben. Der Preis wird mit dem Arbeitnehmer vorher vereinbart. Ist diese Bestimmung nicht erfüllt, so gilt der Stücklohn als nicht abgeschlossen.
7. Vor Eintritt in den Stücklohnvertrag ist dieser vom Arbeitgeber dem Arbeitnehmer zur schriftlichen Vollziehung vorzulegen und erfolgt die Abrechnung des Stücklohnes nach Maßgabe dieser Urkunde. Der Stücklohnvertrag darf in keiner Weise die Arbeitsverhältnisse unter dem Stundenlohn führen; ein Mehrverdienst über den ursprünglich vereinbarten Ausschlag darf nicht geltend oder zurückgerechnet werden. Erträgt sich nach Fertigstellung der Arbeit, daß es bei normaler Leistung dem Arbeitnehmer nicht möglich war, seinen für die aufgewendete Zeit entsprechenden Stundenlohn zu verdienen, so wird ihm dieser trotzdem ausbezahlt werden; andererseits ist ein Mehrverdienst über den ursprünglich vorausgerechneten Ausschlag nicht zurückzurechnen oder zu kürzen.
8. Werden Stücklohnarbeiter an Versuchsarbeiten beschäftigt, so ist ihnen ihr durchschnittlicher Stundenlohnverdienst zu zahlen.
9. Die einzelne Stücklohnarbeit ist nach Möglichkeit zeitlich zu begrenzen.
10. Die Auszahlung des Stücklohnüberschusses erfolgt vierteljährlich nach Fertigstellung der Stücklohnarbeit.
11. Bei ordnungsmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses erhält der Arbeitnehmer nach Beendigung der betriebl. Arbeit den ihm zustehenden Anteil des Stücklohnüberschusses.
12. Die Einführung der Stücklohnarbeit soll keine Arbeiterentlassungen zur Folge haben. Letztere vielmehr nach der gesetzlichen Vorschriften behandelt werden.
13. Für Spezialarbeiten bleiben die auf der Werft früher in Kraft befindlichen Bestimmungen, wonach solche Arbeiter eine besondere Zulage auf ihren Stundenlohn erhalten, in Kraft.

Unter der Voraussetzung gleichzeitiger Wiedereinführung der Affordarbeit sollen folgende Löhne gelten:

- 1. Gelehrte Handwerker:
a) nach dem vollendeten 24. Jahr ... 2,30-3,50
b) vom 20. bis 24. Jahr ... 2,20-3,30
c) nach der Lehrzeit bis zum vollendeten 20. Jahr ... 1,80-2,-
2. Angeleitete Arbeiter.
Nach dem vollendeten 20. Jahr ... 2,10-2,30
3. Angeleitete Arbeiter.
a) nach dem vollendeten 20. Jahr ... 1,90-2,10
b) vom 17. bis zum vollendeten 20. Jahre ... 1,50-1,70
c) 15. ... 1,20-1,40
d) 16. ... 1,35
e) unter 15 Jahren ... 0,45

Möge geübte Stundenlöhne werden in keinem Falle herabgesetzt. Arbeiter, die eine Kolonne haben, erhalten 10 Pf. Zuschlag, Nebensunden 25 Prozent Zuschlag an Wochentagen und 50 Prozent an Sonntagen. Beurlaubte werden nach der geltenden Normen bezahlt. Bei Neueinstellungen von Beurlaubten wird die Lohn frei vertraglich festgesetzt.

Die Festlegung der Löhne für die einzelnen Arbeiter geschieht im Einvernehmen mit dem Arbeitsausschuss. Diese Vereinbarung gilt vom Tage der Annahme an. (Den Entwurf der Lohnabelle hat wir Raumverhältnisse wegen für morgen zurückgeschickt. S. Neb.)

Bericht über die Kartellversammlung der zentral-organisierten Gewerkschaften Danzigs.

(19. Januar.)

Nachdem der Sekretär Ljubo-wski diverse geschäftliche Mitteilungen gemacht und auf die Sammellisten für die kommenden

Wien- und Österreichischen Arbeiter hingewiesen hatte, wurden der Bibliothek 150 Mark zum Inkassofesthalten der Bücher überwiesen. Ferner soll für jede Deklarie eine Gebühr von 50 Pfennig erhoben werden, womit auch nur ein kleiner Teil der Unkosten, die unter den heutigen Verhältnissen für unsere Bibliothek entstehen, gedeckt werden wird. Dem Antrag der Kino- und Filmgesellschaften auf Aufnahme in das Kartell wurde stattgegeben. Wegen der Aufnahme der Solisten des Theaters soll noch einmal mit den Chorleitern und Musikern verhandelt und nähere Einsicht in das Statut der Bühnengesellschaft genommen werden. Gegen die Quartalsabrechnung wurden Einwendungen nicht gemacht und dem Sekretär Entlassung erteilt. Die angekündigte Diskussion entfiel, die Stellungnahme zur Bildung der Einwohnerwehr. Bei der großen Wichtigkeit dieser Frage war eine eingehende Beratung von vornherein zu erwarten. 18 Redner vertraten in dieser Frage in sachlicher Weise ihren Standpunkt. Die überaus hohe Zahl wandte sich in längeren Ausführungen gegen eine Beteiligung an der Einwohnerwehr. Sie verpflichtete die in der vorgelegten Vorlage des Magistrats enthaltenen Vorschläge und stellte sich auf den Standpunkt, daß in Danzig bisher Ruhe und Ordnung geherrscht habe und daß auch unter den freikantonalen Verhältnissen, wenn die Arbeiterschaft nicht drangsalariert wird, keine Gefahr besteht, daß es in dieser Beziehung anders. Wenn Magistrat und Arbeitgeberchaft die höchsten Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung in Zukunft nicht mit Füßen treten, dürfte sich die Bildung der Einwohnerwehr überhaupt erübrigen. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß das Wohlwahrsein einer solchen Wehr von der Enterte nicht in der Weise gewürdigt werden wird, daß sie die Besatzungstruppen wesentlich vermindern werde. Die vorhandenen Folgekassen und die Sicherheitswehre genügen für den Fallfall vorläufig. Deshalb beschließt die Kartellversammlung von einer Beteiligung der freien Gewerkschaften an der Einwohnerwehr Abstand zu nehmen.

In der Frage der Affordarbeit und ihrer Regelung wurde folgende Entschliessung angenommen:

Die Kartellversammlung der freien Gewerkschaften der Freien Stadt Danzig erklärt nach eingehender Beratung der Frage „Lohn-Affordarbeit“, daß diese Arbeitsverhältnisse nicht als Prinzipien, sondern als Ausnahmefälle zu betrachten sind. — Abweichend von dieser grundsätzlichen Auffassung erklärt die Versammlung, daß es den einzelnen Fachverbänden überlassen bleiben muß, je nach Lage der Industrie und der allgemeinen wirtschaftlichen und technischen Entwicklung, die beste Entlohnungsart für ihre Berufsangehörigen anzuhaken und herbeizuführen. In den Erwerbslosentlohnungsfragen wurde der Rat der Arbeiter gewählt da die Ratgeberin Wahlrecht ausüben ist. Ueber den Stand der Erwerbslosentlohnungsfrage berichtete Ratgeberin Wahlrecht und beschloß den Antrag auf Erhebung eines Extra-Kartells von 5 Pfennig für den Erwerb eines Hauses. Der Beschluß hierüber soll in der nächsten Kartellversammlung gefaßt werden, in der der Ratgeberin einen Antrag halten wird über die Form (Kartell oder Genossenschaft), in der die Danziger Gewerkschaften an die Lösung der Erwerbslosentlohnungsfrage heranzutreten lassen.

Verhandlungen über das Danzig-deutsche Zollverhältnis.

Am Montag, den 19. Januar d. Js., haben in Berlin Verhandlungen über die Regelung der Zollverhältnisse zwischen dem Reich und dem Gebiet der künftigen Freien Stadt Danzig stattgefunden. An den Beratungen, die von dem Ministerdirektor von Staatsangelegenheiten, dem Staatsminister des Reichs und Staatssekretären sowie im Auftrag des Reichspräsidenten Kappeler, der Reichsminister a. D. Dollé, von dem Magistrat der Freien Stadt Danzig Oberbürgermeister Sahn und Stadtrat Dr. Foerster und als Vertreter des Reichs der Reichsminister a. D. Kappeler, der Reichsminister a. D. Dollé, von dem Magistrat der Freien Stadt Danzig Oberbürgermeister Sahn und Stadtrat Dr. Foerster und als Vertreter der Freien Stadt Danzig der Stadtrat Dr. Foerster teilnahmen, nahmen an den Verhandlungen auch an den Reichsminister a. D. Kappeler, der Reichsminister a. D. Dollé, von dem Magistrat der Freien Stadt Danzig Oberbürgermeister Sahn und Stadtrat Dr. Foerster teil. Die Verhandlungen waren von dem Magistrat der Freien Stadt Danzig an den Reichsminister a. D. Kappeler, der Reichsminister a. D. Dollé, von dem Magistrat der Freien Stadt Danzig Oberbürgermeister Sahn und Stadtrat Dr. Foerster teilnahmen, nahmen an den Verhandlungen auch an den Reichsminister a. D. Kappeler, der Reichsminister a. D. Dollé, von dem Magistrat der Freien Stadt Danzig Oberbürgermeister Sahn und Stadtrat Dr. Foerster teil.

selben Weise im Gebiet der Freien Stadt Danzig tritt und wie bisher gehandhabt wurden. Dann könne für die Ueber-gangzeit, d. h. bis zur Konstituierung der Freien Stadt Danzig in ähnlicher Weise wie bisher weiter befristet werden. Die Einzelheiten des über diese grundsätzliche Frage zu schließenden Uebereinkommens sind einer Spezialberatung vorbehalten, zu deren Erledigung Stadtrat Dr. Foerster nach in Berlin geblieben ist. Die übrigen Danziger Vertreter haben Berlin wieder verlassen. Den beteiligten Interessentengruppen wird soviel als möglich Gelegenheit gegeben werden, vor dem endgültigen Abschluß dieses Uebereinkommens ihre Wünsche zu äußern.

Der polnische Militarismus?

Aus dem Reichswehrministerium wird mitgeteilt: In den abzu-tretenden Gebieten Ostpreußens ist eine Beurlaubung der Bevölkerung dadurch eingeleitet, daß die Presse, unter anderem die Dan-ziger Allgemeine Zeitung vom 24. Dez. 19 in Nr. 299 eine Mit-teilung aus angeblich zuverlässiger polnischer Quelle verbreitet, nach der sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages sechs Jahrgänge, und zwar von 18-24 Jahren, zum Wehrdienst ein-berufen werden würden. Diese etwa 18 000 Mann betragende Truppe soll, wie die Presse behauptet, zunächst als Grenzschutz Verwendung finden und später nach dem polnischen Kriegsschauplatz abtransportiert werden.

Die hierüber angefertigten Ermittlungen ergaben, daß die Polen außer der bekannten Besetzung der Garnison die „Obrona-Plana“ (Landwehr), zu der alle wehrfähigen Männer im Alter von 18-50 Jahren gehören, zum inneren Schutz aufzurufen werden. Jedoch ist nicht an eine allgemeine Mobilisierung gedacht, sondern man will sich möglichst zunächst mit den sogenannten Volkswehrtruppen begnügen und erst dann, wenn dieser Schutz nicht ausreicht, die Landwehr aufzurufen. Die Zahl der Jahrgänge, die zur Aufrück-erhaltung der inneren Ordnung nötig sein werden, läßt sich natür-lich jetzt nicht bestimmen.

Die Danziger beim Eisenbahnen. Bei dem Eisenbahn-unglück vor Schneidemühl hätte leicht eine Reihe bekannter Dan-ziger verunglückt sein können. Die Verbrechen hatten es ansehend auf den 2. Zug abgesehen, der aus Berlin kam. Dieser Zug hatte aber zu seinem Glück zwei Stunden Verspätung. Als er an die Unfallstelle kam, war das Unglück bereits geschehen. In dem Berliner Zuge befanden sich aus Danzig außer dem Oberbürger-meister Sahn noch die Abgeordneten der Nationalversammlung die Genossen Gehl und Reel, ferner der Kaufmann Schütz. Der Zug sollte Dienstag früh in Danzig einlaufen, traf aber erst nachts gegen 12 Uhr hier ein. Die Fahrt über Neustettin, Romp, einer Nebenbahnstrecke, ging sehr langsam vor sich. Wie von einem Augenzeugen mitgeteilt wird, wäre der Zug von Danzig nicht ver-unglückt, wenn die Maschine des Güterzuges nicht noch innerhalb, also auf das Nachbargleis umgekippt wäre. Nur hierdurch wurde das Gleis verfehrt.

Unter den bei dem Unglück Verletzten befindet sich auch ein Danziger namens Adam P a b e.

Die Eisenbahndirektion Oden legt für die Ermittlung des oder der Täter des verheerenden Eisenbahnunglücks bei Schneidemühl eine Belohnung von 25 000 Mark aus.

Aus dem Magistrats-Druck-Büro.

Ausgabe von Kartenbogen zu den Kartellverhandlungen. Der Magistrat gibt in der heutigen Nummer unserer Zeitung bekannt, daß von Freitag, den 23. bis Sonntag den 25. Januar, noch diejenigen Haushaltungen, welche aus einem wichtigen Grunde ihre Kartenbogen noch nicht abgeholt haben, dies in den für sie zu-ständigen Zweifeln in Empfang nehmen können. Sämtliche eingereichten Einkommensbescheinigungen sind aufgehoben.

Da demnach die Kartenbogen auf eine Marke des Kartenbogens aufgetragen werden, so ist es unbedingt erforderlich, daß die häuslichen Haushaltungen nunmehr für die Abholung der Karten-bogen Sorge tragen.

Posteierbericht vom 22. Jan. 1920. Verhaftet: 9 Per-sonen, darunter 5 wegen Diebstahls, 1 wegen Unterschlagung, 1 wegen S 218 St. G. B. und 3 in Polizeihaft. — Gefangen: 1 Lebensmittelkarte gestempelt Kurt Bind, 1 schwarze Hand-tasche mit Geld, Entgelt und Taschentuch, abgeholt aus dem Grundbüro des Post- und Telegrafendirektors. 1 Portemonnaie mit Geld, einer russischen Krone und Taschentuch, abgeholt von Frau Krause, Kist. Graben 48 II. 1 schwarzer Damen-sack mit weißem Federbusch, abgeholt von Herrn Hans Schmidt, Gohlstrasse 1. — Als vermutlich gestohlen ange-halten: 1 geschlachtet Huhn und 1 Kaninchen, zu melden im Kriminalbüro des Polizeipräsidenten.

Wasserstandsberichte am 22. Januar 1920.

Table with 4 columns: Ort, gestern, heute, gestern, heute. Rows include Thorn, Gorbun, Gule, Graubenz, Ruzbrack, Montauerspöhe, Pregel, Dirschau, Tante, Schwandorf, Wollsdorf, Zwawach.

Standesamt.

Todesfälle: Witwe Juliana Stenz geb. Fein, 71 J. 10 M. — Witwe Luise Krügel geb. Pöhl, 78 J. 10 M. — Bäckermeister Julius Goppe, 58 J. 9 M. — Anker des Kaufmanns des Reichs, 11 M. — Landwirt Dr. ... — Witwe Johanna Gutzeit geb. Penner, 70 J. 4 M. — Sohn des Maurers Oskar Petzold, 6 J. 1 M.

Aus dem Freistadtbezirk.

Bürgerwahlen. In Bürgerwahlen tagte am 17. Januar eine Gemeindevorstanderversammlung. Die neu gewählten 6 Ge-meinderäte und die 8 Bürgerwahlen wurden durch Beschluß beauftragt, im Wesentlichen alle Vertreter bis auf Herrn Mayer. Da die Gemeinde 16 000 Mark Schulden hat, wurde beschloffen, ein Dar-lehen von 20 000 Mark aufzunehmen. Keine Armenunterstützungen fanden Erhöhung. Es wurde Klage geführt über die schlechte Lebensmittelversorgung und beabsichtigt, über die Erteilung der Erlaubnis zur Erwerbslosenunterstützung. Der Gemeindevorstand hat be-schlossen, daß die beiden Güter Proger und Frau Mayer, die man-geht, mit der Unternehmung der Gemeindevorstände sind, besonders im Augen liegt die Kartellversorgung.

Verantwortlich für den politischen Teil Ernst J u o p f, für den unpolitischen Lagesteil und die Unterhaltungsbeilage Kurt Behm a n n, für die Inserate Bruno F o e r s t, Druck in Danzig. Druck und Verlag J. G e h l & Co., Danzig.



